

AL Info ⁴/₁₅

3 Wahlen: Ezgi Akyol spricht im Interview über Migrationspolitik und ihre Spitzenplatz-Kandidatur auf der Nationalratsliste der AL.

4 International: Niggi Scherr beleuchtet die turbulenten Geschehnisse in Griechenland und den neoliberalen Dogmatismus der EU.

8 Markus Bischoff erzählt von der Auseinandersetzung mit einem uneinsichtigen Mario Fehr zum Thema Staatstrojaner.

AZB
CH-8026 Zürich
Post CH AG

Bereit für Bern!

Am 18. Oktober 2015 möchten wir einen Sitz im Nationalrat gewinnen. Die Chancen dazu stehen so gut wie noch nie. Wir haben mit Markus Bischoff einen aussergewöhnlichen Spitzenkandidaten nominiert, der schon bei den Regierungsratswahlen überzeugt hat.

Die AL wird mit dem Slogan «unbestechlich, unbequem, links» einen aktiven und breiten Team-Wahlkampf führen, indem wir zeigen, dass bei unseren Themen Fleisch am Knochen ist.

Konsequente Verteidigung der Grundrechte

Die Affäre um den Einsatz der Staatstrojaner durch die Kantonspolizei Zürich hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass Grundrechte einen schweren Stand haben. Mit dieser Trojaner-Software kann jeder Computer und jedes Handy ausspioniert werden. Durch einen Hackerangriff kam der illegale Kauf des Kantons zutage. Markus Bischoff hat sofort die lückenlose Aufklärung und die Benennung der Verantwortlichen vom Kanton verlangt.

Für Menschen statt Banken

Die AL wehrt sich gegen Privilegien für Superreiche. Wir haben mit einer Initiative für die schweizweite Aufhebung der Pauschalsteuer für ausländische Millionäre gekämpft und sie in Zürich und Schaffhausen erfolgreich abgeschafft. Jetzt will die AL verhindern, dass nach dem Merz-Bschiss mit der Unternehmenssteuerreform III neue Geschenke an Banken und Versicherungen verteilt werden.

Bezahlbare Kinderbetreuung

Deshalb verlangt die im letzten Jahr von der AL eingereichte Initiative «Be-

Unbestechlich, unbequem, links.



nation AL rat
Alternative Liste

Liste 19

zahlbare Kinderbetreuung für alle», dass sich die Unternehmen an der Finanzierung von Krippen und Horten beteiligen. Nicht arbeiten zu müssen, können sich nicht alle leisten. Es gibt viel zu wenig subventionierte Krippenplätze und die nicht subventionierten sind für Normalverdienende fast unerschwinglich. Es braucht bezahlbare Lösungen in der ausserfamiliären Kinderbetreuung.

Länger arbeiten, weniger verdienen: Nein!

Im Januar 2015 hat Markus Bischoff als Präsident des kantonalen Gewerkschaftsbundes auf die weitreichenden Gefahren für die Arbeitsplätze wegen der Aufhebung des Mindestkurses hingewiesen. Heute sind diese Gefahren Realität. Laufend werden Arbeitsplätze wegen der Frankenstärke abgebaut. Markus Bischoff wird im Nationalrat dafür einstehen, dass die Schweiz eine Währung hat, die der Bevölkerung und der Wirtschaft nützt und nicht schadet.

Solidarität mit den Flüchtlingen

In Bern braucht es dringend eine starke Stimme, die sich für eine solidarische Flüchtlingspolitik einsetzt. Während Griechenland und Italien alleine gelassen werden mit Hunderttausenden von MigrantInnen, wird bei uns wegen ein paar tausend Asylgesuchen allen Ernstes von einem Asylchaos gesprochen. Wir könnten ohne Weiteres einige Zehntausend Flüchtlinge aufnehmen. Aber dafür braucht es PolitikerInnen, die sich trauen, das zu fordern, ohne gleich in Panik zu verfallen, nicht wiedergewählt zu werden.

Du kannst uns unterstützen, indem du unsere Inhalte auf Facebook teilst, unsere Newsletter deinen Freunden weiterleitest und an der wemakeit Spendenaktion ab dem 12. September mitmachst. **Am meisten hilfst du uns, wenn du am 18. Oktober 2015 unverändert die Liste der AL in die Urne wirfst!**

Stefan Wyss

FraktionssekretärIn 30-40%

Die AL – Alternative Liste sucht für die Fraktionssekretariate der AL im Gemeinde- und im Kantonsrat eine/n politisch interessierte/n, uns politisch nahestehende/n Mitarbeitende/n für die Protokollierung der Fraktionssitzungen, für Recherche-Arbeiten, für Medienarbeit (Verfassen von Medienmitteilungen etc.) und für die Entlastung der Fraktionspräsidenten. Auch allgemeine Sekretariatsaufgaben gehören zum Pflichtenheft. Die Stelle gehört zum Team der AL und ist der politischen Sekretärin unterstellt. Sie besitzen eine rasche Auffassungsgabe und ausgeprägte analytische Fähigkeiten, haben eine IT-Affinität und eine hohe Leistungsbereitschaft. Ihre (elektronische) Bewerbung senden sie bitte bis 14. September 2015 an Dayana Mordasini (sekretariat@al-zh.ch). Stellenantritt ist 1. Oktober 2015 oder nach Vereinbarung. Für Rückfragen steht Frau Mordasini (076 577 45 19) zur Verfügung.

Finanzen

Wir freuen uns über Spenden für die Nationalratswahlen auf: Alternative Liste Zürich:
PC 87– 63 811– 5
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Termine

Donnerstag, 17. September: Veranstaltung Kinderbetreuung. Limmatstrasse 114, 18.00.

Dienstag, 22. September: Velodemo. 18 Uhr Bürkliplatz.

Samstag 26. September: Benefizessen AL Zürich. Anmeldung unter sekretariat@al-zh.ch.

Sonntag 27. September: Lauf gegen Rassismus. Bäckeranlage ZH, 10.00

Dienstag, 29. September, AL Vollversammlung. Hohlstrasse 86c, 19.30.

Impressum

Alternative Liste (AL)

Postfach 1005, 8026 Zürich, al-zh.ch
Sekretariat Dayana Mordasini Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Corin Schäfli, Dayana Mordasini

Redaktion Dayana Mordasini, Corin Schäfli, Niklaus Scherr.

Für die Ernährungssouveränität

An der letzten Vollversammlung wurde uns die «Initiative für Ernährungssouveränität» vorgestellt. Der Titel weckt erste Assoziationen: Zombie-Apokalypse? Müssen wir uns in die Lage versetzen, uns irgendwann von der globalen Wirtschaft abzuschotten?

Die Forderungen der Initiative sind jedoch vielfältiger. Im Zentrum: ein Selbstversorgungsgrad von Minimum 50 Prozent – dazu kommen zahlreiche weitere Forderungen. Die heutige Landwirtschaftspolitik dereguliert zunehmend den Markt und erhöht den Druck auf die Preise. Polykulturen und Kleinbetriebe verschwinden zugunsten von spezialisierten Grossbetrieben und Massnahmen zur Extensivierung senken die Tierhaltungs- und Nachhaltigkeitsstandards. Diesen Trends tritt die Initiative entgegen. Sie will eine nachhaltige, weiterhin gentechnikfreie Landwirtschaft mit weniger Überproduktion und die Einstellung jeglicher Subventionen für den Export landwirtschaftlicher Produkte.

Auch ökonomisch soll die Landwirtschaft nachhaltig werden. Die Standards für die Arbeitsbedingungen sollen angehoben und harmonisiert werden. Die Preisentwicklung soll transparent gemacht und die Preise auf ein Niveau gebracht werden, das die Produktionskosten tatsächlich

berücksichtigt. Um die inländischen Produkte vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen, müssten im Gegenzug höhere Import-Zölle erhoben werden – eine Massnahme, die den Freihandelsverträgen widerspricht. Kurz: die Preise auf alle Lebensmittel würden steigen.

Doch ist dies nicht die einzige Auswirkung, die die Initiative auf Konsumentenseite haben wird: der Bund ist ausserdem aufgefordert, die Aufklärung der Endverbraucherinnen über Herstellung und Preise der Lebensmittel zu seiner Aufgabe zu machen und Massnahmen zu treffen, die direkten Verbindungen von Konsumenten und Bäuerinnen und die Vertragslandwirtschaft zu stärken. Aber sind wir interessiert daran zu wissen, was wir essen, und bereit, einen fairen Preis dafür zu zahlen? – Tatsache ist, dass der durchschnittliche Schweizer Haushalt nur 7 Prozent seines Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden muss und damit weltweit ganz hinten liegt. Die Frage, ob wir für unseren Konsum einen angemessenen Gegenwert bezahlen ist nicht nur eine politische, sondern eine der Fairness, deren Beantwortung wir nicht dem Zufall überlassen können.

Corin Schäfli

StaatsanwältInnen gesucht!

Heute ist die AL Mitglied der interparteilichen Konferenz (IPK) des Bezirkes Zürich. Dieser Verein ist ein Parteienkartell, welches unter sich die in Volkswahl zu wählenden Richterinnen, Staatsanwälte und Bezirksräte nach freiwilligem Proporz auswählt und dann in einem gemeinsamen Wahlvorschlag dem Volk unterbreitet.

JuristInnen, die den Berufswunsch RichterIn haben, sind praktisch zwangsläufig dazu gezwungen, einer Partei anzugehören, welche in der IPK mitmacht. Aktuell haben wir am Bezirksgericht Zürich zwei Richterinnen, die Mitglied in der AL sind – Corina Semadeni und Karin Graf. Aktuell hat die AL Anspruch auf fünf Bezirksrichterstellen und eine Oberrichterstelle. Kopfzerbrechen bereitet es unserer Partei, geeignete KandidatInnen als künftige StaatsanwältInnen zu finden. Das Hauptproblem liegt darin, dass im Kanton Zürich nur Staatsanwalt werden darf, wer einen entsprechenden Fähigkeitsausweis besitzt. Geeignete KandidatInnen würden auch mit Ausweis nicht für eine Partei antreten, denn für diese Stellen entfällt der fakti-

sche Zwang, nur für den gewünschten Beruf in eine Partei einzutreten, da es viele ausserordentliche Staatsanwaltsstellen gibt. Die AL sucht intensiv InteressentInnen, die bereit sind, als AssistenzstaatsanwältInnen einzusteigen, den Fähigkeitsausweis zu erlangen und dann für uns anzutreten. Oder qualifizierte QuereinsteigerInnen, für die wir mit Aussicht auf Erfolg den Fähigkeitsausweis beantragen können, ohne dass sie das Ausbildungsprogramm durchlaufen – z.B. AnwältInnen, die die Seiten wechseln wollen.

Wir vertreten die AL in der IPK zu viert (Manuela Schiller, Corina Semadeni, Markus Bischoff und Jürg Gasche), wobei wir nur eine Stimme haben. Seit diesem Juli hat die AL turnusgemäss das Präsidium und das Sekretariat übernommen. Trotz guter Bilanz bleibt ein gewisses Unbehagen, Teil des «Filzes» zu sein. Zudem: Richterinnen und Staatsanwälte geben ihren Parteien einen Teil ihres Lohnes ab. Dies ist auch in der AL so. Die Schweiz ist wohl das einzige Land, in welchem man Mitglied in einer Partei sein muss, um Richter zu werden und man dann auch noch was abliefern muss. Das ist schwer zu erklären. Wir freuen dennoch uns über InteressentInnen.

Manuela Schiller

Ezgi Akyol im Gespräch



Ezgi Akyol studiert Politikwissenschaft und ist seit einem Jahr für die AL im Gemeinderat. Jetzt kandidiert sie auf der Nationalratsliste auf dem zweiten Platz. Sie ist vor allem sozialpolitisch engagiert.

Ihre neuesten Vorstösse im Gemeinderat betreffen die Vermeidung von Racial Profiling und die Zustände im Asylzentrum Juch.

Du bist nach Markus Bischoff die Zweitplatzierte auf der AL Nationalratsliste und es ist unwahrscheinlich, dass die AL mehr als einen Sitz macht. Ist deine Kandidatur symbolisch, oder würdest du dich tatsächlich freuen, nach Bern zu gehen?

Meine Kandidatur ist weitgehend symbolisch – da aussichtslos. Aber ich freue mich auf den Wahlkampf und könnte mir durchaus vorstellen auch mal in Bern zu politisieren. Zunächst möchte ich aber noch auf kommunaler Ebene wichtige Erfahrungen sammeln.

Was sind deine wichtigsten Erfahrungen aus dem Gemeinderat?

Ich habe in meinem ersten Jahr als Gemeinderätin exorbitant viel gelernt. Einerseits viel Materielles natürlich – Lokalpolitik war bis anhin nicht meine oberste Priorität. Zudem habe ich viel über die Möglichkeiten und Grenzen des Parlamentarismus gelernt.

Kannst du dir vorstellen, noch lange parlamentarisch tätig zu sein? Was sind die Tücken dieser Arbeit?

Da bin ich ehrlich gesagt noch ein wenig ambivalent. Ich geniesse die parlamentarische Arbeit einerseits sehr – ich lerne unglaublich viel. Im Gegenzug investiere ich aber auch sehr viel Zeit und Arbeit.

Welche Themen würdest du gerne auf nationaler Ebene bearbeiten?

Zurzeit bin ich vor allem an zwei Themen dran: An der Sozialhilfe – hier könnte man vor allem auf kantonaler Ebene etwas verändern – und an der Migrations- und Asylpolitik. Auf nationaler Ebene würde ich mich überwie-

gend im Migrationsbereich engagieren wollen.

Was ist deine politische Geschichte?

Ich bin in einer politischen Familie aufgewachsen, das 1. Mai-Fest war sozusagen unser Weihnachten. Wir führten zu Hause zwar keine politischen Diskussionen oder Ähnliches – aber uns wurden gewisse Werte vermittelt und dazu gehörte, dass wir uns mit unserem Umfeld, unserer Welt auseinandersetzen müssen. Zur AL bin ich eigentlich über meinen Vater gekommen, war aber bis vor kurzem ein passives Mitglied. Seit fast drei Jahren moderiere ich Deutschkurse an der Autonomen Schule Zürich.

Einige deiner zentralen Themen sind Migration, Asylwesen und Antirassismus. Bringst du das mit deiner eigenen Geschichte in Verbindung oder woher nimmst du die Motivation, dich mit einem so schwierigen Thema zu befassen?

Diese Annahme erscheint mir immer etwas kurzsichtig. Nur weil meine Eltern Migranten sind, muss ich mich nicht für Migration interessieren. Genauso wenig muss ich mich für Feminismus interessieren, nur weil ich eine Frau bin. Wie wir alle, versuche auch ich gegen Ungerechtigkeiten zu kämpfen – meiner Meinung nach sind diese in eklatantem Ausmass im Migrationsbereich zu finden. Die Stimmen dieser Menschen bleiben meistens ungehört – dem versuche ich entgegenzuwirken.

Wunschkonzert: Du könntest eine wichtige Sache am System ändern, ohne dazu die Hürden von Verwaltung und Demokratie überwinden zu müssen, was wäre es?

Ich würde einführen, dass die globale Bewegungsfreiheit aller respektiert wird – also Bleiberecht für alle; und natürlich nicht nur das Recht zu bleiben, sondern gleiche Rechte und Pflichten für alle.

Du arbeitest, studierst, bist im Gemeinderat und engagierst dich in der Autonomen Schule. Hast du noch Freizeit? Wie verbringst du sie?

Ehrlich gesagt habe ich auch eine ausgeprägt hedonistische Ader. Ich gehe sehr gerne mit Freunden feiern.

Interview: Corin Schäfli

AL Filmtipp

Mischa Schiow empfiehlt:

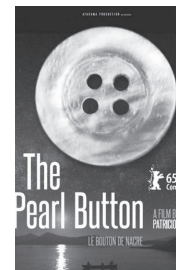
Ours d'Or
Festival de Berlin
N CHEF-D'ŒUVRE, COCASSE ET DRÔLE
UNE MERVEILLE, DU GRAND ART.
J CINÉMA, DU GRAND, DU BEAU, DU FOR



Taxi Teheran
Jafar Panahi,
Drama/Komödie,
Iran 2015.

Der iranische Regisseur Jafar Panahi, der 2010 ein 20-jähriges Berufsverbot erhielt, legt nach «This Is Not A Film» mit «Taxi Teheran» ein weiteres Werk vor, in dem er die Zensur seines Landes raffiniert unterläuft: Als Taxichauffeur fährt er durch die Strassen Teherans und filmt mit einer kleinen Kamera seine Fahrgäste, die in der intimen Abgeschlossenheit des Autos bereit sind, aus ihrem Leben zu erzählen. Es nehmen auf der Rückbank alte, abergläubische Damen Platz, Raubkopierer und Cineasten, Unfallopfer und Anwälte. Und alle erzählen von ihrem Leben, ihren Wünschen und ihren Überzeugungen. Selten liegen in einem Film Realität und Fiktion so nahe beieinander. Panahi lässt auf kleinstem Raum ein Abbild einer widersprüchlichen aber auch humorvollen Gesellschaft entstehen.

Seit dem 2. Juli im Kino



EL BOTON DE NACAR (Der Perlmutterknopf).
Patricio Guzmán,
Dokumentarfilm,
Chile 2015.

Der Chilene Patricio Guzmán (Nostalgia de la luz) ist ein wunderbarer

Erzähler. Sanft führt er uns durch seine Geschichten, die er dem Leben und der Geschichte entnimmt. In «Nostalgia de la luz» lud er uns ein in die Wüste und ins Universum. Dieses Mal sind es Patagonien und der Ozean. Chile hat 4300 Kilometer Küste, hat Vulkane, Berge und Gletscher. Guzmán schafft Zusammenhänge, erzählt von den Ureinwohnern, die einst in Patagonien lebten und davon, was ihnen geschah, von einem britischen Seefahrer, der zur Legende und von einem Perlmutterknopf, der am Grund des Pazifiks gefunden wird und den Faden der jüngeren Geschichte Chiles aufnimmt. Ein Film, der in seiner Bildgewalt berauschend ist und in Zeiten des Auseinanderdividierens der Völker in Erinnerung ruft, was Humanismus bedeutet.

Ab 10. September im Kino

Griechenland: EU statuiert neoliberales Exempel

Der Wahlsieg von Syriza im Januar 2015 war ein Signal der Hoffnung und des Aufbruchs für die Linke in ganz Europa. Und ein Wetterleuchten für die rechten Regierungen und die Statthalter des Neoliberalismus. Fortan hiess es für sie: Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst von Syri-za, und das muss ausgerottet werden.

Austeritätspolitik klar gescheitert...

Seit 2010 wird das faktisch bankrotte Griechenland mit «Rettungs»-Programmen therapiert. Nach fünf Jahren Doktor Eisenbart sind zwei Dinge klar und können auch von hartgesottenen Neoliberalen kaum geleugnet werden: die aufgezwungene Austeritätspolitik ist dramatisch gescheitert und die Schulden, die jetzt schon über 170 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen, kann Griechenland niemals aus eigener Kraft auf ein tragbares Mass zurückführen.

Zwar hat Griechenland auf Anweisung von Eurogruppe, EZB und IWF die Rechnungsdefizite heruntergefahren, damit aber das Land in eine tiefe Rezession gestürzt: Löhne und Renten wurden um 20 bis 40 Prozent gekürzt, das BIP ist um einen Viertel eingebrochen, die Arbeitslosigkeit auf 25 Prozent, bei jungen Erwachsenen auf 50 Prozent emporgeschossen und im Gesundheitswesen herrschen Zustände wie in Schwellenländern.

Um die Schulden zu verzinsen und abzuzahlen, müsste Griechenland während Jahrzehnten Rechnungsüberschüsse von mehr als 3 Prozent des BIP erzielen – ein Kraftakt, den bisher noch kein Land geschafft hat.

... doch Dijsselbloem, Schäuble & Co verlangen mehr vom Gleichen.

Syriza hat die Wahl mit zwei einleuchtenden und klaren Forderungen gewonnen: Schluss mit der verheerenden Austeritätspolitik und Erlass eines Grossteils der aufgelaufenen Schulden, um einen Wiederaufschwung der Wirtschaft zu ermöglichen. Ein halbes Jahr lang kämpfte die Syriza-Regierung mit allen Mitteln und mit immer neuen Angeboten in Brüssel für diese Ziele. Und stiess auf eine Mauer der Ablehnung. Während dieser Zeit floss kein einziger Euro aus dem zweiten Hilfsprogramm nach Athen, die Griechen mussten Zinsen und Kreditrückzahlungen in Milliardenhöhe abliefern; die EU liess Griechenland buchstäblich am ausgestreckten Arm verhungern. Statt zu verhandeln, stellten die Euro-

gruppen-Vertreter immer masslosere Forderungen. In praktisch allen Euroländern zahlen Hotels stark reduzierte Steuersätze, aber Griechenland sollte die Mehrwertsteuer für Hotels von 6 auf 23 Prozent erhöhen – eine erstrangige Kilerapplikation für einen der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes.

An diesem Punkt der «Verhandlungen» zog Tsipras mit dem Referendum die Reissleine. Trotz massiver politischer Erpressung, der Einstellung der Geldzufuhr und der erzwungenen Bankenschliessungen legten die Griechen ein denkwürdiges Nein in die Urne.

Die Quittung für das unbotmässige Referendum folgte eine Woche später in der Nacht der langen Messer. Tsipras wurde gezwungen, eine Kapitulationsurkunde zu unterzeichnen oder aus der Eurozone rauszufliegen. Die Botschaft war unmissverständlich und richtete sich politisch nicht nur an Syriza, sondern auch an Frankreich, Italien und Spanien: Zumindest innerhalb der Eurogruppe dulden Deutschland und seine nord- und osteuropäischen Verbündeten keine Alternativen zur neoliberalen strada maestra. Wider alles bessere Wissen forderten Schäuble & Co mehr vom selben. Oder wie Albert Einstein so schön sagt: «Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.»

Sozialdemokratische Handlanger

Eine jämmerliche Handlangerrolle spielte im Eurogruppen-Poker die europäische Sozialdemokratie. Angefangen mit Eurogruppen-Chef und Schäuble-Mappenträger Jeroen Dijsselbloem über EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, der Athen oberlehrerhafte Zensuren erteilte, bis zum irrlichternden Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel. «Bettvorleger der herrschenden Klassen» höhnte der österreichische Blogger Robert Misik. Auch Hollande und Renzi gaben erst zum Schluss, als Schäuble mit der Brechstange zum Grexit ansetzte, halblaut Paroli. Gleichzeitig müssen wir aber auch feststellen, dass es weder seitens der radikalen Linken noch der Gewerkschaften nennenswerte Mobilisierungen gab, um die europaweite politische Isolation von Syriza zu durchbrechen.

Syriza-Regierung: Gedemütigt, aber nicht gebrochen

Sicher: Die Syriza-Regierung ist

gedemütigt worden und musste einem krass neoliberalen Austeritätsdiktat zustimmen. Griechenland wurde zur Schuldenkolonie unter direkter Aufsicht der Quadriga degradiert, das Parlament über weite Strecken entmachtet. Aber der Schäuble-Connection ist es nicht gelungen, Tsipras wegzuputschen. Und die Regierung hat nicht einfach resigniert. Mit den länger laufenden Krediten hat sie fürs erste drei Jahre Zeit gekauft. Und deutlich niedrigere Überschussziele ausgehandelt, als in den bisherigen Memoranden, was grössere politische Spielräume offen lässt. Ende Jahr wird die vom IWF angemahnte Diskussion um eine Umschuldung wieder aufs Tapet kommen.

Mit ihrem unerschrockenen und bis zuletzt aufrechterhaltenen Widerstand gegen den neoliberalen Dogmatismus und ihrem mutigen und erfolgreichen Referendum hat Syriza ein Zeichen gesetzt und Mut gemacht für eine andere Politik, ein anderes Europa. Mut auch für uns, die wir in der Schweiz für Alternativen kämpfen. Dafür schulden wir ihr unsere Solidarität.

Niggi Scherr

Solidarität mit Griechenland

Im Juni ist der gesamtschweizerische Verein «Solidarität mit Griechenland» gegründet worden, der auch von der AL Zürich aktiv unterstützt wird. Sein Ziel ist die Verbreitung von Informationen zur politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Lage in Griechenland zu fördern, Unterstützung und Solidarität mit den demokratischen Prozessen zu organisieren und zur Linderung der humanitären Katastrophe beizutragen.

Ende September, findet in Zürich ein Meeting mit einer Aertzin und anderen Vertretern der Hilfsorganisation Solidarity4all und Informationen zur aktuellen politischen Lage in Griechenland statt. «Solidarität mit Griechenland» sammelt auch Hilfgelder, die über Solidarity4all verteilt werden.

Mehr Infos: www.facebook.com/solidaritaetmitgriechenland

Spenden: PC 61-95337-3

Mit Deiner Wahl setzt Du ein Zeichen

Setze ein Zeichen für den alternativen Weg. Mit der Wahl der AL verhilfst du diesen Positionen auch national zu mehr Kraft. Wir möchten euch das Team von Liste 19 vorstellen und lassen sechs unserer SpitzenkandidatInnen zu Wort kommen.



Niklaus Scherr: Keine neuen Steuer-geschenke für Firmen
«Nach dem Bschiss mit der Merz-Reform von 2008 sollen Banken, Versicherungen und Grosskonzerne mit der Unternehmenssteuerre-

form III jetzt erneut Steuer-Erleichterungen in Milliardenhöhe erhalten. Dagegen werden wir uns energisch zur Wehr setzen. Steuerprivilegien für Wenige – etwa die Pauschalbesteuerung ausländischer Superreicher oder Reduktionen bei der Grundstückgewinnsteuer – hat die AL stets konsequent bekämpft und wird das auch weiterhin tun.»



Maria Eisele: Bezahlbare Kinderbetreuung dient allen

«Ein Kita-Platz hat seinen Preis. Anders als im benachbarten Ausland, wo die Eltern maximal ein Viertel der Kosten selbst zu tragen

haben, kommen bei uns noch immer die Eltern für den Hauptteil der Kosten auf. Höchste Zeit, dass wir die Unternehmen mit ins Boot holen. Eine bezahlbare Kinderbetreuung dient allen: Den Eltern, damit sie Familie und Beruf verbinden können, den Kindern für Spielraum und Integration, den Unternehmen für motivierte Arbeitskräfte, der Gesellschaft für mehr Frauenpräsenz.»



David Berger: Mehr Überwachung nein danke!

«Mehr, mehr, mehr! Mit dem Gesetz zur Überwachung des Fernmeldeverkehrs, kurz Büpf, soll die Überwachung im Inter-

net ausgeweitet werden. Daten auf Vorrat speichern, mit Trojanern Computer ausspielen und Mobiltelefone abhören – von

allem soll es künftig mehr geben. Eine veritable Lose-Lose-Situation: Die Ermittlungsbehörden ertrinken in Informationen und verlieren den Blick für das Wesentliche, wir alle sind einer konstanten Schuldvermutung ausgesetzt und die Internet Provider ächzen unter der Mehrarbeit – nein danke!»



Katharina Gander: Für bezahlbaren Wohnbau

«Trotz reger Bautätigkeit herrscht Wohnungsnot. In den Städten und Agglomerationen explodieren die Mieten. Familien,

ältere und junge Menschen finden keine bezahlbare Wohnung mehr und werden verdrängt. Der Erhalt und die Erneuerung von bezahlbarem Wohnraum sehen wir als zentrale Aufgabe. Deshalb machen wir uns für bezahlbaren Wohnraum, den Erhalt von Quartierstrukturen und Gemeinnützigen Wohnbau stark und fordern Energetische Sanierungen, ohne preisgünstigen Wohnraum zu zerstören.»



Markus Bischoff: Für Arbeitsplätze – und nicht nur in Banken.

«Die Frankenkrise gefährdet Arbeitsplätze. Immer mehr industrielle Arbeitsplätze werden ins Ausland verlagert. Soll hier in der Schweiz

nur noch in Banken und Versicherungen gearbeitet werden? Die Lasten der Krise wollen die Unternehmer auf die Arbeitnehmenden abwälzen. Ihre Devise ist klar: Länger arbeiten, weniger verdienen. Obendrein wollen sie weniger Steuern für die Unternehmen. Unsere Antwort ist klar: Kaufkraft stärken, Mieten senken!»



Ezgi Akyol: Chancengerechtigkeit für alle

«Die Migrationspolitik produziert weltweit Ungleichheiten und separiert Menschen nach Herkunft. Nur die Wenigsten können frei entscheiden, wo sie

leben möchten. Ich fordere globale Bewegungsfreiheit für alle. Ich stehe ein für

Chancengerechtigkeit und gleiche Rechte und Pflichten für alle, die hier leben. Ein Viertel der Schweizer Bevölkerung wird systematisch von der politischen Beteiligung ausgeschlossen – dieser strukturelle Rassismus gehört aufgehoben. Auch ist unser Konzept von Integration überholt. Jeder, der hier lebt, gehört gleichermassen zu unserer Gesellschaft. MigrantInnen stehen nicht in einer *Bringschuld*.»

Liste 19

- 1 **Markus Bischoff**, Rechtsanwalt
- 2 **Ezgi Akyol**, Studentin
- 3 **Walter Angst**, Leiter Kommunikation Mieterverband
- 4 **Katharina Gander**, Geschäftsführerin, Historikerin
- 5 **David Berger**, Informatiker,
- 6 **Maria Eisele**, Therapeutin/Autorin
- 7 **Niklaus Scherr**, Journalist
- 8 **Laura Huonker**, Theaterregisseurin
- 9 **Stefan Bolz**, Informatiker
- 10 **Corin Schäfli**, Velokurierin
- 11 **Pascal Werner**, Praktikant
- 12 **Christina Schiller**, Studentin
- 13 **Andreas Kirstein**, Stv. Bibliotheksdirektor
- 14 **Andrea Leitner**, Berufsschullehrerin
- 15 **David Garcia Nuñez**, Arzt
- 16 **Isabel Maiorano**, Horteleiterin
- 17 **Matthias Noser**, Caterer
- 18 **Rahel El-Maawi**, Dozentin
- 19 **David Winizki**, Hausarzt
- 20 **Evelyn Funkhouser**, Bio Landwirtin
- 21 **Manuel Sahli**, Informatiker
- 22 **Anne-Claude Hensch Frei**, Heilpädagogin
- 23 **Stefan Wyss** Konzertveranstalter
- 24 **Ladina Barbadimos**, Studentin
- 25 **Ernst Labhart**, Sekundarlehrer
- 26 **Beatrice Rinderknecht Bär**, Therapeutin/Mediatorin
- 27 **Kaspar Bütikofer** Gewerkschaftssekretär
- 28 **Judith Stofer**, Journalistin
- 29 **Paul Riniker**, Regisseur/Produzent
- 30 **Martin Jucker**, Student Geographie
- 31 **Dayana Mordasini**, Geschäftsführerin
- 32 **Rosa Maino**, Filmfachfrau
- 33 **Catherine Rutherford**, Architektin
- 34 **Samir Jamal-Aldin**, Filmemacher
- 35 **Richard Wolff**, Stadtrat

Skandal in Langnau



Nichtzulassung für neuangemeldete MusikschülerInnen.

Kurz vor den Sommerferien erhielt ein Teil der Eltern von neuangemeldeten Schülern der Musikschule

Adliswil-Langnau einen Elternbrief mit der Mitteilung, dass ein Teil der Musikschüler auf eine Warteliste gesetzt werde. Dass dieser Entscheid auf dem Sparmist der Gemeinde Langnau gewachsen ist, merkten die Betroffenen sofort und informierten ihre ParteivertreterInnen.

Aus diesem Grund lancierten AL, Grüne, Grünliberale, SP und Arbeitnehmervereinigung einen offenen Brief an die Schulpräsidentin Dora Murer (parteilos). Die spontane Unterschriftenaktion – die Zeit drängte, weil die Sommerferien vor Tür standen – wurde auch von der CVP unterstützt. Während drei Stunden kamen über 200 Unterschriften zusammen. Die Kommentare beim Unterschriftensammeln waren deutlich und zeigten auf, dass bei der Leitung der Schule Langnau noch viel anderes im Argen liegt.

Den Verdacht, die Schulpräsidentin habe einmal mehr ein Problem vor sich her geschoben anstatt es zu lösen, bestätigt ihr Kommentar im Interview bei Radio Central. Sie erklärte, dass sie nicht wisse, wie hoch die fehlende Summe sei, die zu dieser Massnahme geführt habe...

Der Musikschul-Skandal wurde leider von der Mehrheit des Gemeinderates gedeckt. Eine Petition der Präsidenten von AL, Grünliberalen, SP und Arbeitnehmervereinigung an den Gemeinderat wurde mit dem formalistischen Argument, dass dafür die Schulpräsidentin zuständig sei, nicht behandelt. Dass der Gemeinderat einen Nachtragskredit hätte bewilligen können, wissen jedoch alle.

Abgerundet wird der Skandal durch die Tatsache, dass das Thema an der Schulpflegesitzung eine Woche vor den Ferien «wegen Zeitmangel nicht behandelt werden konnte».

Die Möglichkeit einer Aufsichtsbeschwerde an den Bezirksrat wird zurzeit geprüft.

Christian Besmer

Miethaie und bezahlbares Daheim

In meiner täglichen Arbeit sehe und höre ich immer wieder haarsträubende Geschichten über die Bedingungen, unter denen Menschen in unserer Stadt leben müssen.

Vor kurzem besuchte ich Mieter, die wild zusammengewürfelt in einem ausgebauten Keller wohnen. Küche und Nasszelle werden geteilt, der Schimmel ist allgegenwärtig, die Mietkosten extrem hoch.

Benachteiligte auf dem Wohnungsmarkt, namentlich MigrantInnen, sind immer wieder auf solche Wucherangebote angewiesen: Die Eigentümer kümmern sich um nichts, vermieten Wohnungen mit gravierenden Mängeln und sahnen im grossen Stil ab. Erhalt und Neuschaffung von bezahlbarem Wohnraum muss zu einer zentralen Aufgabe der städtischen Politik gemacht werden. Dazu gibt es zwei Wege:

Mit Objekthilfen werden einzelne Wohnungen gezielt verbilligt. Für die Vermietung gilt eine strikte Kostenmiete sowie Belegungs-, Einkommens- und Vermögensvorschriften. Die meisten gemeinnützigen Bauträger verpflichten sich statutarisch, ihre Wohnungen an bestimmte Zielgruppen wie Familien, wirtschaftlich schwächere Haushalte oder ältere Menschen zu vermieten. Die Objekthilfe hat den entscheidenden Vorteil, dass sie nachhaltig wirkt: Die erstellten Wohnungen sind dauerhaft der Spekulation entzogen und bleiben bezahlbar. Auch die bürgerliche kantonale

Zürcher Regierung steht hinter diesem Modell, da Objekthilfen transparent sind und haushälterisch mit Steuergeldern umgehen.

Ganz anders die von den Hauseigentümern propagierte Subjekthilfe, die generell im Rahmen der Sozialhilfe praktiziert wird. Hier werden Miet-Zuschüsse an alle Haushalte ausbezahlt, die anspruchsberechtigt sind. Indirekt werden damit über unsere Steuergelder die Hauseigentümer bezuschusst und ihre Renditen garantiert und optimiert. Die Subjekthilfe birgt – insbesondere in der aktuell angespannten Marktsituation – die Gefahr eines allgemeinen Preisauftriebs. Von einem Ausbau ist deshalb dringend abzuraten.

Katharina Gander

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Der Mieterverband lanciert gemeinsam mit den Wohnbaugenossenschaften Zürich die eidgenössische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen».

Die Initiative verlangt vom Bund und von den Kantonen ein verstärktes Engagement zugunsten des preisgünstigen Wohnraums.

Sie will verhindern, dass Förderprogramme der öffentlichen Hand zu Leerkündigungen und Luxussanierungen führen.

Ihr Ziel ist, dass gesamtschweizerisch zehn Prozent der neu gebauten Wohnungen von gemeinnützigen Wohnbauträgern erstellt werden.

Die Unterschriftensammlung startet am 4. September 2015. Die AL Zürich beteiligt sich an der Unterschriftensammlung und wird beim Sammelstart am 4. September im ganzen Kanton Zürich präsent sein.



Nationalrats- und Ständeratswahlen 2015

**Wozu braucht es eine starke Linke?
...und wie soll sie agieren?**

Podiumsgespräch mit

Bastien Girod Nationalrat, Ständeratskandidat Grüne
Markus Bischoff Kantonsrat, Nationalratskandidat AL
Maria Eisele Nationalratskandidatin AL
Regula Käser-Stöckli Kantonsrätin, Nationalratskandidatin Grüne
Elena Marti Nationalratskandidatin Grüne
Matteo Meyer Kantonsrätin, Nationalratskandidatin SP
Priska Seiler Graf Kantonsrätin, Nationalratskandidatin SP

Moderation:
Koni Löffle, SP Mitarbeiter
unter Mitwirkung von
Musu Meyer (Gesang)
Barbara Korpff (Akkordeon)

Anschließend wird ein Apéro offeriert!

Fr, 11. Sept. 2015, 19.30 Uhr
Hotel zum Goldenen Kopf
Marktgasse 9 in Bülach

Logos: GRÜNE, SP, AL

Kultur als Lotterie?



Am 6. Juli 2015 wurde im Kantonsrat entschieden, wieviel Geld aus dem übervollen Topf des Lotteriefonds an den Zürcher Denkmalschutz, den Zoo und das freie Kulturschaffen vergeben werden soll.

Abgestimmt wurde über die Aufstockung des Beitrags an die Fachstelle Kultur für das freie Kulturschaffen und die Filmförderung. Der Kanton möchte Kultur mehr fördern. Und fährt gleichzeitig die staatliche Kulturförderung über Steuergelder zurück. Wie geht das? Mit einer wenig rühmlichen Mischung aus Provinzposse und Trauerspiel. Die Aufstockung ist ein kultur- und finanzpolitischer Dreh. – Warum? Ab 2016 gibt es für das freie Kulturschaffen und die Filmförderung eine Erhöhung von 5.5 Millionen auf insgesamt 14 Millionen aus dem Lotteriefonds. Dieser Geldsegen ist auf vier Jahre befristet. Der Finanztrick zeigt sich anderswo: Auch die bisher über Steuergelder finanzierten freien Kulturkredite von 9 Millionen Franken sollen neu über eine

weitere Aufstockung ebenfalls via Lotteriefonds finanziert werden. Ob die gestrichenen Kulturausgaben wieder ins ordentliche Budget aufgenommen werden, ist offen.

Wir reden hier von Geld für die waghalsigen Kleinunternehmer im Kulturbereich, nicht von den grossen Ausgaben wie zum Beispiel für das Opernhaus. Es geht um die freien Theaterschaffenden, Musikerinnen und die kleineren Betriebe wie zum Beispiel das Theater Neumarkt oder das Theater Ticino in Wädenswil.

Wir behandelten das Geschäft kurz vor den Ferien. Was schauen wir uns in einem fremden Land an, was Touristen bei uns? Schöne Landschaften. Und Kultur. Es ist beschämend, dass Kulturschaffende, die massgeblich zur Volkswirtschaft beitragen, zu Gnadenempfängerinnen eines Fonds degradiert werden.

Mit grossem Unbehagen stimmte die AL-Fraktion dem lottrigen Geschäft zu. Kulturgelder gehören ins ordentliche Budget. Sie sind eine allgemeine Staatsaufgabe, und eine der Wichtigsten. Jedenfalls in einem Kulturstaat. Und ein solcher wollen wir doch sein?

Laura Huonker

Richtungsentscheide in der Energiepolitik



In der Energiepolitik der Stadt Zürich stehen grössere Richtungsentscheide an:

Der Stromsparbeschluss, 1991 entstanden unter dem Eindruck von Tschernobyl und der Atomausstiegs-

Initiative, soll radikal umgebaut und gemäss einer grünen Motion der Verzicht auf AKW-Beteiligungen ab 2034 festgeschrieben werden. Beide Vorlagen kommen vors Volk und werden Gegenstand der AL-Vollversammlung im September sein.

Energiepolitisch wichtiger ist eine andere Vorlage, die gerüchteweise nach den Sommerferien in den Rat kommen soll: Die Ausgliederung des städtischen Elektrizitätswerkes EWZ aus der Stadtverwaltung. Das EWZ als städtische Dienstabteilung gehört zu den 10 umsatzstärksten Energiedienstleistern der Schweiz und nun plant die Stadt eine Änderung der Rechtsform.

Nach der 1998 gegen AL-Widerstand in eine AG umgewandelten Gasversorgung –, heute bekannt als energie360° AG – würde ein weiteres Standbein der Energieversorgung der direkten Kontrolle von Parlament

und Volk entzogen. Bei Erfolg dieses Vorhabens dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis die Fernwärmeversorgung das gleiche Schicksal ereilt. Damit hätte die Stadt Zürich die gesamte Energieversorgung aus der Hand gegeben und eine sinnvolle Planung und Steuerung gemäss den Grundsätzen der 2000-Watt-Gesellschaft, wäre nur noch erschwert möglich. Hier muss die AL früh und massiv Gegensteuer geben.

Der Schwerpunkt unserer zahlreichen Vorstösse der letzten Monate lag in den klassischen AL-Themen wie Migration, Polizeirepression und Wohnpolitik.

Zudem konnten wir mit den Verordnungen für die Pflege- und Alterszentren die Erfüllung eines AL-Postulats aus dem Jahr 2013 feiern. Weil Grüne und SP einknickten, blieben wir allerdings chancenlos bei der Umsetzung einer Motion zur verbindlichen Förderung der Geschlechtervielfalt im Kader. Die Stadt sieht sich bereits auf dem richtigen Weg und will nichts Verbindliches festlegen. Immerhin bot die Debatte im Rat Gelegenheit, sämtliche Vorurteile über die Haltung der SVP zur Gleichberechtigung bestätigt zu sehen.

Andreas KIRSTEIN, AL-Fraktionspräsident

AL-InhALte mit Biss:

24. Juni: Im Rahmen einer Schriftlichen Anfrage setzte die Gemeinderatsfraktion ihre Recherchen zu den problematischen Zuständen im **Bundeszentrum Juch** fort. Diesmal wollen wir Antworten zu den Öffnungszeiten und zu dem Verdacht, dass Flüchtlinge draussen schlafen müssten, wenn sie zu spät ankämen.



2. Juli: Medienmitteilung von Andreas KIRSTEIN gegen die Bitte des Regierungsrates, die **FIFA** möge in Zürich bleiben.

10. Juli: Gemeinsames Behördenreferendum der Linken Parteien gegen die vom Regierungsrat vorgesehene Senkung der **Grundbuchgebühren**.

17. August: Markus Bischoff hat in einer Interpellation im Kantonsrat Mario Fehr für den Kauf eines **Staats-trojaners** scharf kritisiert.



19. August: Gemeinderat hat Postulat Akyol/Schiller überwiesen, welches von PolizistInnen fordert, bei jeder Personenkontrolle eine Quittung auszustellen. Eine Massnahme, die vor allem dazu dienen soll, **Racial Profiling** zu verhindern, indem sie Personen, die besonders häufig kontrolliert werden ermöglicht, dies auszuweisen.

19. August: Die Gemeinderatsfraktion hat eine Schriftliche Anfrage zum Polizeieinsatz an der kurzzeitigen Wiederbesetzung der **Binz** eingereicht.

Wer ist ehrbar?



Dank den Sommerferien konnte sich Sicherheitsdirektor Mario Fehr ins mediale Nirwana retten. Keine Anfrage und kein Nachhaken im Kantonsrat

musste er vorerst beantworten.

Dennoch griff er in einem Interview im «Landboten» zum journalistischen Zweihänder. Mich persönlich betitelte er als unglaublichen Polizeifeind, weil ich erklärt hatte, für den Einsatz von Staatstrojanern bestehe keine gesetzliche Grundlage. Sowas ist leicht zu verkraften. Wenn er hingegen meint, die Grundrechte gelten nur für die ehrlichen Bürgerinnen und Bürger, regt sich mein republikanischer Widerstandsgest. Die Aussage des Sicherheitsdirektors ist ein Rückfall in den kalten Krieg. Wer nicht ehrbar ist, hat keine Rechte und der SP-Sicherheitsdirektor bestimmt, was ehrbar ist. Erlaubt ist, was die Mehrheit nicht stört.

Wieso verschwanden in der Schweiz während Jahrzehnten erwachsene Menschen ohne Gerichtsverfahren in Anstalten? Weil sie nach den Massstäben der Mehrheit der damaligen Gesellschaft nicht ehrbar waren und kein Gericht die Einweisung überprüfen konnte. Heute leisten wir für diese Menschen finanzielle Wiedergutmachung. Wenn die Mächtigen bestimmen, was ehrbar ist und die nicht Ehrbaren keine Grundrechte haben, landen wir wieder in einer Diktatur der angeblich moralisch besseren Menschen.

Diese Schweiz will ich nicht. Überwachen, Ausgrenzen und Abschotten sind wieder en vogue. Die Aussage des SP-Sicherheitsdirektors ist kein Betriebsunfall. Die grösste Partei der Schweiz spielt virtuos auf dieser Klaviatur und zieht die Repressionsschraube immer weiter an. Man glaubt, mit Druck auf die am Rand Stehenden mehr Platz und Sicherheit für die angebliche Mehrheit zu finden. Offenbar ist dieser Bazillus schon in linke Regierungskreise eingedrungen. Hier gilt es entschieden entgegen zu treten und für die Freiheitsrechte aller Bürgerinnen und Bürger einzustehen. Das habe im Kantonsrat in Zürich gezeigt. Für diese Werte will ich mich auch in Bern einsetzen.

Markus Bischoff, Kantonsrat und Nationalratskandidat

VeganISsmus?

Grundsätzlich soll jeder essen was er möchte, egal, ob jemand Carnivor, Vegetarier, Rohkostler, auf Glutendiät oder eben Veganer ist.

Wir sind, auch was die Ernährung angeht, so privilegiert, dass wir uns solche «Moden» leisten können. Dafür sollten wir alle einfach nur dankbar sein, solange dies noch geht. Der Selbstversorgungsgrad der Schweiz liegt bei nur 56% und vielen ist nicht bewusst, wie abhängig, verletzlich und angreifbar wir in dieser Frage sind oder sein werden, wenn wir weiterhin so abhängig bleiben von Ressourcen, auf deren Produktion wir kaum Einfluss üben können.

Nahrung soll gesund sein, zur Deckung des Hungerbedürfnisses erfolgen, möglichst saisongerecht und aus der Region sein. Essen sollte ein soziales Ereignis sein, gemeinsam mit Familie und Freunden am Tisch. Wenn dann jemand aufgrund seiner Esseinstellung nicht am gemeinsamen Mahl teilnehmen kann, ist das natürlich schade, stört mich aber nicht weiter. Ich störe mich lediglich an jenen, die die konservativ Essenden – also Fleischesser – abwerten und mit moralischen Erläuterungen für eine bessere Welt verurteilen.

Auch ich habe den Film «We Feed the World» gesehen. Man kann sich auch als Fleischesser der Wasser- und Ernährungstragödie bewusst sein, die die Fleischindustrie verursacht und weniger Fleisch essen oder es beim Biohof in der Nachbarschaft einkaufen. Das scheint mir vernünftiger zu sein, als alle tierischen Produkte zu verweigern, sich dann aber mit Sojaproteinen und Früchten zu ernähren, die in unzähligen Transportstunden über den ganzen Globus geschafft werden müssen.

Wer keine Tiere tötet, ist moralisch gesehen natürlich auf der Siegerseite. Aber gibt es auch einen Grund gar keine Nutztiere zu halten? Es gibt auf jeden Fall gute Gründe dafür, warum man Tiere als Nahrungs- und Rohstofflieferanten benutzt sollte: Kuchen mit Butter und Eiern schmecken einfach besser. Und: Der konsequente Veganismus ist nicht bloss auf die Ernährung begrenzt, sondern beinhaltet auch Kleider und andere Gegenstände aus tierischen Produkten, allen voran Leder und Felle. Schuhe aus echtem Leder sehen besser aus, halten länger und es braucht keine nicht erneuerbaren Rohstoffe dazu, denn Lederimitate sind aus Plastik also aus Erdöl und das ist bekanntlich keine sinnvolle Art, mit den Rohstoffen umzugehen. Daher lobe ich mir den massvollen Umgang mit unseren Nutztieren.

Dayana Mordasini

«Hast du wirklich etwas dagegen, dass Leute Milch vom super-idyllischen Biohof von nebenan trinken?» Werde ich oft gefragt. Eine Frage, über die ich aus Prinzip nie nachdenke.

Das werde ich erst dann tun, wenn tatsächlich die Mehrheit der Menschen ihre Nahrung bei diesem Bauernhof bezieht, denn der beschriebene Bauernhof hat vorläufig keinen Bezug zu meiner Realität. Deshalb bin ich bin aus Faulheit vegan, weil die Industrie rund um unsere Ernährung mich überfordert. Das Meiste, was wir essen, hat zerstörerische Auswirkungen. Wir übernutzen durch unseren Konsum unsere Ressourcen und fügen Menschen und anderen Lebewesen grosses Leid und Unrecht zu. Es gibt kaum verlässliche Hilfe, um die Endverbraucherin vor dieser Konsumweise zu schützen und natürlich schon gar (oder fast) keine Regeln.

Vegan leben ist keine Lösung für die übermächtigen Probleme, mit der wir im reichen Norden uns selbst und den Rest der Welt belasten. Aber es ist eine einfache Art, das eigene Konsumverhalten ein wenig zu verbessern.

Mein Boykott ist einerseits umweltschützerisch motiviert und richtet sich gegen den Ressourcenverschleiss. Die Unterschiede zwischen der Produktion von Fleisch und von pflanzlichen Nahrungsmitteln sind enorm, die Negativwirkungen inzwischen ähnlich bekannt, wie die Schädlichkeit des extensiven Gebrauchs von Verbrennungsmotoren. Nachhaltiges Wirtschaften ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und muss in meinen Augen ein zentrales Anliegen linker Politik sein. Der Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit auf globaler Ebene inzwischen ähnlich offensichtlich ist wie bei der Flüchtlingspolitik oder dem fairen Handel.

Andererseits bekenne ich: Ich bin tatsächlich einer von den vielbelächelten Menschen, die daran zweifeln, dass der unantastbare Graben, den wir zwischen uns und dem Rest der Tierwelt ziehen, um unser Leben auf deren Kosten zu legitimieren, tatsächlich von Gott oder der Logik gegeben ist. Dass nicht jeder Lust hat, mir auf diese üblicherweise als abstrus betrachteten Gedankengänge zu folgen, ist mir klar. Dass jedoch auch Tiere über ein Schmerzempfinden verfügen, hat seit Descartes kaum mehr jemand bestritten.

Ich habe mich über die Jahre ein wenig vom vielen Theoretisieren entfernt und sehe meinen Veganismus einfach als einen von vielen vielen Wegen hin zu ein bisschen mehr Solidarität.

Corin Schäfli